

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Deutscher Bundesrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 55.

Berlin, Sonnabend, 10. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Finanznot und Wahlrecht. — Kriegervereine und Gewerkschaften. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Finanznot und Wahlrecht.

Reichsregierung und Reichstagsmehrheit sind nun völlig einig. Nur noch meigne Lage und die „Finanzreform“ wird durchgeführt sein. Ueber die Interessen des Volks schreitet die bewilligungseifrige Mehrheit brutal hinweg. Die Junker triumphieren. Das Zentrum verhalf ihnen dazu ihre Interessen zum Siege zu führen. Ihr Haupttriumph war die Niederzwingung der Erbschaftsteuer, weil sie damit gleichzeitig der Reichsregierung und besonders dem Reichskanzler eine schwere Schlappe beibringen konnten. Und das wollten sie. Der unsinnige Einwand, daß durch Besteuerung der Erbfälle ein unmittelbares Nachkommen (Erbgenosse) der Familienfiskal gestört werde, wird schon damit widerlegt, daß die Steuer nur solche Erben betroffen haben würde, die darum sich nicht einmal die kleinste Einschränkung ihres Lebensunterhalts hätten auferlegen müssen. Wir haben in Preußen 1 300 000 selbständig tätige Landwirte und davon sind nur 10 Proz., nämlich 130 000 Personen mit einem Vermögen von mehr als 30 000 M. veranlagt. Die Steuer hätte also neben den entsprechend reichen Städtern nur diese 10 Proz. der sehr vermögenden selbständigen Landwirte getroffen und volle 90 Proz. der Landwirte völlig frei ausgehen lassen.

Immer wieder konnte man in diesen Tagen Klageklagen über die Not der Landwirtschaft hören. Als i. Bt. Graf Ranitz seinen Antrag auf Einführung des Getreidenomopols begründete, bezeichnete er 180 M. als den Idealpreis für Roggen. Der Roggen ist inzwischen zu einem weit höheren Preise gekommen und doch wird nach wie vor von der Notlage der Landwirtschaft gesprochen. In dem ganzen Ton der Junker wird ängstlich eine Absicht verborgen, die aber doch immer mehr erkennbar in die Erscheinung tritt. Ihr Widerstand gegen die Regierung richtet sich gegen deren Zugeständnis an die Liberalen, das Wahlrecht in Preußen ändern zu wollen. In der Zeit, in welcher die Liberalen mit zur Reichstagsmehrheit gehörten, mußte wenigstens eine bescheidene Rücksicht auf diese genommen werden. Die in dieser Zeit gemachten Gesetze sind freilich keine vollkommenen, aber sie hatten doch immerhin einen liberalen Einschlag. Diese Rücksichtnahme ärgerte die Junker und besonders aufgeregt waren sie darüber, daß in der preussischen Thronrede zur Eröffnung des Landtags eine Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt wurde. Das ist der Sternpunkt des junkerlichen Hasses gegen den Fürsten Bülow, den man den erbetteten Leichenstein von da ab lieber heute als morgen gesetzt hätte. Der Seidelberger Universitätsprofessor Dr. Alfred Weber hat darauf bereits am 10. Juni in einer in der Handelshochschule zu Berlin in der vom Alttestament-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft einberufenen Protestversammlung gegen die Beschlüsse der Steuerkommission des Reichstags hingewiesen.

Der König von Preußen ist, durch die Verhältnisse gebrängt, genötigt gewesen, zu versprechen, das Drei-

klassenwahlrecht zu erweitern. Die Junker fürchten aber dadurch eine Beeinträchtigung ihrer Herrschaft, sie wollen allein im Staate regieren. Nicht der Bauer, sondern der Großgrundbesitzer macht die Gesetze im preussischen Herrenhause. Diese Leute haben eine patriotische Waise vorgebunden, und die Regierung, soweit wir überhaupt noch eine Regierung haben, ist bemüht, den Junkern diese Waise zu halten. Diese Art von Junkern, die jeden an den Schandspahl der Vaterlandslosigkeit stellen, der nicht in ihren patentierten Waisenspatentismus einstimmt, der nicht bloß den Patriotismus in Kaiser-Geburtsstagsessen und dem Gesange „Heil dir im Siegertranz“ befördert, diese Klassenherrschaft ist geradezu eckelhaft! Die Junker haben drei Aufgaben: 1. Die Zurückdrängung der Kulturentwicklung; 2. die Vermehrung der Unfreiheit; und 3. die Aufzucht ihrer Profitinteressen.

Ist es nun nicht ein wahrer Jammer, das aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Abgeordnete diesen Triumph der Junker herbeiführen halfen? Mühte nicht auch ihnen daran liegen, die Junkerherrschaft einzuschränken durch die Erfüllung des königlichen Wortes, zu einem anderen Wahlrecht zu kommen! Unter allen Umständen mühten sich diese Arbeiter auf die Seite der Arbeiterinteressen stellen, wenn sie nicht anders den schwersten Verrat üben wollten an der Arbeiterbewegung. Bei der Reichstagswahl 1907 sind von den rund 13 Millionen Wahlberechtigten rund 11 Millionen Wähler, also fast 85 Proz., an der Wahlurne erschienen. Hinter den Parteien, die für die Erbschaftsteuervorlage stimmten, stehen 7 000 000 Wähler, während zu den Parteien, die gegen diese vernünftigste aller Steuern stimmten, nur 4 Millionen Wähler rechnen. Da ist zu erkennen, wie ganz anders das Volk als die Reichstagsmehrheit denkt.

Würde endlich eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise erfolgen, wie sie die Verschiebung der Bevölkerung in Deutschland längst notwendig gemacht hat, dann würde es ganz anders im Reichstage aussehen. Dann würde es auch ein Reiches sein, die von den Liberalen geforderte Reichsvermögenssteuer durchzuführen. In einer Schrift, die der Großkaufmann D. H. Bloff in Bremen verfaßt hat, wird der Nachweis geführt, wie spielend einfach es gewesen wäre, den ganzen Steuerbedarf aus dem Vermögen derjenigen Leute, die mehr als 1/2 Million Mark besitzen, zu decken. Wir haben in Preußen 12625 Personen mit einem Vermögen von 500 000 bis 1 Million Mark, im Durchschnittsbetrage von 8200 Millionen Mark und 8377 Personen mit einem Vermögen von 1—100 Millionen Mark, im Durchschnittsbetrage von 25 000 Millionen Mark. Denkt man daran, wie Professor Delbrück nachgewiesen hat, daß bei der Vermögensangabe noch sehr viel gemogelt wird, dann dürfen in Wirklichkeit noch ganz andere Ziffern herauskommen. Man darf jedenfalls annehmen, daß in den übrigen Staaten Deutschlands zusammen ebensoviel Vermögen vorhanden ist, als in Preußen, so daß die vorher genannten preussischen Vermögensziffern auf das Reich ausgedehnt, sich etwa verdoppeln würden. Dann ergibt sich für das gesamte Reich, daß 25 250 Personen mit einem Vermögen von 1/2 bis 1 ganzen Million, mit zusammen 16 400 Millionen Mark und 16 754 Personen mit einem Vermögen von 1—100 Millionen, von zusammen 50 000 Millionen Mark im Besitz haben. Diese 42 000 Per-

sonen nennen mit ihren 66 Milliarden Mark Besitz ungefähr ein Viertel des gesamten Volkvermögens ihr Eigen.

Diese „Oberen 42 000“ hätten nur 1—2 Proz. einmaliger Abgabe zu opfern brauchen, um über 1 Milliarde Mark für die jährlich notwendig gewordene Amortisation unserer Reichsschuld aufzubringen. Was hätte es ihnen geschadet. Keines ihrer Kinder hätte deswegen auch nur ein einziges Mal ungesättigt vom Tische aufzustehen brauchen. Eine laufende mäßige Steuerquote von diesem Vermögen würde ausgereicht haben, einige hundert Millionen Mark jährlich der Reichskasse zuzuführen. Aber hierbei hätten auch die Junker mitbezahlen müssen!

Durch indirekte Besteuerung ist in keinem anderen Lande der Welt das arbeitende Volk so schwer belastet wie in Deutschland. In England werden hohe Steuern auf Alkohol und Tabak erhoben. Dafür sind aber alle übrigen Lebens- und Genussmittel steuerfrei. Und zu den Staatssteuern wird in England nur derjenige herangezogen, der ein Einkommen von mehr als 3200 M. hat. Die Reichstagsmehrheit hat geseigt, daß sie auch nicht das geringste Verständnis für eine soziale Gerechtigkeit im Steuerwesen besitzt und immer wieder müssen wir es schmerzlich bedauern, daß unter den Verständnislosen auch diejenigen gerechnet werden müssen, die, weil sie gleichzeitig auch Führer in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind, in besonderem Maße berufen gewesen wären, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Leider haben wir Gewerksvereine z. Bt. keinen der Unserigen im Reichstage sitzen. Das hat zur Folge gehabt, daß die auf dem Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung stehende Arbeiterklasse und unter ihnen wieder die zahlreichen Handelsangestellten keine Würdigung ihrer Interessen fanden.

Kriegervereine und Gewerkschaften.

Der „Frankf. Bg.“ wird aus Langenderre geschrieben: „In stürmischen Verhandlungen ist es auf dem Delegiertentage der westfälischen Kriegerverbände gekommen. Anlaß geben die zur Erörterung stehenden Beschlüsse des Abgeordnetentages des deutschen Kriegerbundes und des preussischen Landeskriegerverbandes über das zukünftige Verhalten der Kriegervereine gegenüber den freien Gewerkschaften. Der Abgeordnetentag schlägt nämlich vor, die nachstehenden Grundzüge in den Kriegervereinen zur Durchführung zu bringen: 1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit an ihre Pflicht zu deren Bekämpfung zu erinnern. 2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die Sozialdemokratie direkt unterstützen.“ Hierzu wünschte das Präsidium des westfälischen Verbandes noch den Zusatz: „Die Kriegervereine haben auf eine Scheidung hinzuwirken.“ Mit bemerkenswerter Schärfe wandte sich der freisinnige Parteisekretär Kamerad Kühle aus Sagen gegen diese Anträge und ihre Beschränkungen. Er wies unter dem tosenden Beifall der überwältigenden Mehrheit der anwesenden Delegierten nach, daß im Industriegebiet die beabsichtigte Ausschließung von Gewerkschaftsmittgliedern gar nicht durchzuführen sei, da sie einer Auflösung manches Vereins fast gleichkomme.

Das Recht des wirtschaftlichen Zusammenschlusses könne man aber auch den Arbeitern ebensowenig nehmen, wie den Arbeitgebern. Zudem bedeute ein solcher Zusammenschluß durchaus nicht immer die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie wie das Beispiel der Buchdrucker beweise. Anstatt immer von oben herab zu reglementieren, solle man mehr den praktischen Bedürfnissen der Mitglieder Rechnung tragen. Dieser Widerspruch hatte den Erfolg, daß die Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt wurden.

Anderes kam es auf dem 33. Abgeordnetentage des deutschen Kriegerbundes am Sonntag, 4. Juli in Eisenach. Der oben schon zum Abdruck gebrachte Antrag des Bundesvorstandes wurde auch hier wieder von Kühle - Sagen energisch bekämpft. Wollte man den Antrag wirklich annehmen, so meinte dieser, dann müßte man auch konsequent sein und alle Arbeitgeber, die freie Gewerkschaften beschäftigen, aus dem Bunde ausschließen. Mit der Annahme des Antrages würde man namentlich in den Industriebezirken Deutschlands große Erbitterung heraufzufen. Der westfälische Landesverband, der 160 000 Krieger umfasse, bitte dringend, den Antrag des Bundesvorstandes abzulehnen. Der Abgeordnetentag stellte sich aber in seiner Mehrheit auf die Seite des Bundesvorstandes und nahm den Antrag deselben an. Die Gewerkschaften seien sozialdemokratisch und Sozialdemokraten gehörten nicht in einen Kriegerverein.

Herr Kühle hat tapfer für Freiheit und Duldsamkeit gestritten. Das ehrt ihn.

Ob wir es aber auch einmal erleben werden, daß ein sozialdemokratischer Parteifreier Freiheit und Duldsamkeit gegen anders denkende Arbeiter in gleicher Weise energisch vertritt? Wir glauben, daß bis dahin noch viel Wasser durch die Wolme fließen wird.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 9. Juli 1909.

Im Reichstage wird das agrarische Noth weiter geritten. Am Dienstag wurde zunächst ein Gesetzentwurf über die zollwidrige Verwendung von Gerste angenommen. Die Herrschaften, die jetzt in der Mehrheit sind, legen immer wieder neue Proben ab von ihrer brutalen Rücksichtslosigkeit. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Semler hatte bei diesem Gesetzentwurf einen Abänderungsantrag eingebracht. Der konservative Graf Carmer ist darauf zu ihm gekommen mit der Mitteilung, daß ihm nur eine Redezeit von 5 Minuten zugebilligt werde. Dr. Semler lehnte diese Behormung ab. Die Mehrheit beschloß darauf den Schluß der Debatte, so daß nun Herr Semler seinen Antrag überhaupt nicht begründet konnte. Da mit dem Gesetz das agrarische Interesse verbunden ist, wurde es natürlich angenommen. Die Entwürfe des Elektrizitäts- und Gasgesetzes wurden abgelehnt, ebenso auch das Anzeigengenergiegesetz. Dafür wurde angenommen die 200 prozentige Wertsteuer auf Streichhölzer. Hier konnte man ja wieder auch die Kermiten der Armen belassen und viele Arbeiter und Angestellte brotlos machen. Die Sozialdemokratie brachte den Antrag ein, die durch das Gesetz brotlos werdenden Arbeiter zu entschädigen. Für diesen Antrag stimmte die gesamte Linke und auch die Polen, die sonst mit der Mehrheit gehen, stimmten hier mit. Die Mehrheit auf der anderen Seite war aber doch noch größer und so wurde die Streichhölzersteuer angenommen.

Am Mittwoch mußte der Führer der Finanzkommission zugeben, daß sie recht oberflächlich gearbeitet hatte. Die Mühlenmehlssteuer, die nur eine weitere Verteuerung des Brotmehls zur Folge gehabt hätte, wurde abgelehnt, da hier mit der Linken auch die Reichspartei und die Polen stimmten und ebenso kam auch der Kohlenausfuhrzoll zu Fall, gegen den sich selbst Konservative und Zentrum erklärten. Der Vorsitzende der Finanzkommission, Febr. v. Richthofen, entschuldigte die fonderbare Gesetzesmacherei der Finanzkommission damit, daß man alles angenommen habe, was vorgeschlagen worden sei.

Am Donnerstag nahm der Reichstag eine sogenannte „Besitzsteuer“ an. Die Abkötterungssteuer, die von der Reichsregierung als unannehmbar erklärt worden war, erlegte man im Handumdrehen durch eine Talonsteuer. Wenn ein Wertpapierbesitzer einen neuen Zinskuponbogen einlöst, muß er immer wieder die Steuer bezahlen. Soweit es sich um wirklich reiche Leute handelt, wäre ja nichts dagegen einzuwenden. Hier werden aber auch in großer Zahl die minder Wohlhabenden betroffen. Der Abg. Raempff warf der Mehrheit ihre Inkonsequenz vor, wenn sie eine Besitzsteuer wolle, dann hätte sie doch die von seinen Freunden vorgeschlagene Reichsvermögensteuer und eventuell auch eine Reichseinkommensteuer annehmen sollen. Darauf entschloß sich dem Freiherrn v. Camp die Bemerkung, daß die Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer schließlich auch noch kommen werde. Der Herr scheint also zu wissen, daß neue große Anforderungen an das Reich bevorstehen und dann wieder neue Steuern notwendig sind. Natürlich wurde die Talonsteuer unter Ablehnung der Verbesserungsanträge der Linken abgelehnt. Angenommen wurde auch die Schenksteuer und die Steuer auf Quittungen über Auszahlungen auf Bankguthaben. Der eben eingeführte Verkehr mit dem Postfach wird durch diese neue Steuer wahrscheinlich umgebracht werden. Die Erhebung der Matrikelbeiträge, das sind Beiträge der Staaten an das Reich, wurde auch nach dem Vorschlag der Kommission angenommen. Hierbei machte Abg. Dr. Baasche darauf aufmerksam, daß schon Windhorst einmal gesagt habe, die Last der indirekten Steuern werde bald untraglich, und man dürfe dem Zentrum in Zukunft nicht mehr mit indirekten Steuern kommen. Das Reich müsse auf direkte Steuern sinnen. Diese Mittelungen riefen auf der Linken ein stürmisches „Hört, hört“ hervor. Die Fahrkartensteuer, die im Plane der Regierung gestrichen war, wurde aufrechterhalten. Auch die Zuckersteuer sollte nach den Vorschlägen der Regierung herabgesetzt werden. Die Kommission hatte beschlossen, die Herabsetzung vom 1. April 1910 ab beginnen zu lassen. Das Zentrum beantragte, die erhöhte Zuckersteuer noch bis zum 1. April 1914 zu erheben. Diesem Antrage stimmte die Mehrheit zu.

Am heutigen Freitag soll bereits die 3. Lesung der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer vor sich gehen. Sehr unzufrieden sind die Reichsbeamten mit der Besoldungsordnung. Alle von der Linken vorgeschlagenen Verbesserungen, für die sich vordem selbst auch das Zentrum ausgesprochen hatte, wurden abgelehnt. Das Zusammenstimmen von Mehrheit und Reichsregierung in diesem Punkte läßt erkennen, daß hinter den Kulissen die letzten Differenzen beseitigt und die neue Mehrheit mit der Regierung eines Sinnes ist.

Ein Ausbildungskursus für Leiter und Sekretäre von Rechtsauskunftsstellen veranstaltet das Soziale Museum und der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen in Frankfurt a. M. Der Kursus beginnt am 20. September und endet am 9. Oktober. In erster Linie sollen dabei Personen berücksichtigt werden, die in städtischen oder staatlichen Diensten stehen. Wir haben jedoch erwirkt, daß auch Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine, die als Arbeitersekretäre oder Leiter einer Rechtsauskunftsstelle tätig sind, an dem Kursus teilnehmen dürfen. Der Kursus umfaßt das bürgerliche Recht, den Arbeitsvertrag und sämtliche Zweige der Arbeiterversicherung. Von den Teilnehmern wird eine Einschreibgebühr von 30 Mk. erhoben, Sie müssen außerdem ein Krankenversicherungsgesetz, die Unfallversicherungsgesetze, das Invalidenversicherungsgesetz, das Gewerbeordnung, das bürgerliche Gesetzbuch, das Handelsgesetzbuch und das Gewerbevertragsgesetz mitbringen. Anfragen und Anmeldungen um Zulassung zum Ausbildungskursus sind bis zum 1. September 1909 an das Soziale Museum, Frankfurt a. M., Jordanstraße 19, zu richten.

Recht beherzigenswerte Worte, die in allen Organisationen auf fruchtbarsten Boden fallen mögen, finden wir im „Unterbadischen Volksblatt“, dem Organ der evangelischen Arbeitervereine Unterbadens. Es heißt da:

Die Lauen und Lässigen sind überall vom Uebel. Auch in der Gewerkschaftsbewegung ist man sich in den verschiedensten Lagern darüber einig, daß der Indifferentismus der Massen der stärkste Feind der Fortwärts- und Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes ist. Diese apathische Gleichgültigkeit wird in zahllosen Versammlungen, Flugblättern und Broschüren aufs lebhafteste beklagt und bekämpft. Aber die Wurzel des Übels, die innere Zerrissenheit und die gegenseitige Zerkleinerung und Diskreditierung der Arbeiterorganisationen wird zwar erkannt, aber nicht beseitigt. In denselben Versammlungen, in denen man sich einmütig gegen die Lässigen und Lauen wendet, bekämpft man sich gegenseitig wegen der Organisationszugehörigkeit aus erbittertester Feindesliebe. Kein Wunder, wenn jene unentschiedenen Elemente dann den guten Vorwand benutzen, um allen Organisationen den Rücken zu kehren, weil keine einzige das alleinige Ideal gewerkschaftlichen Zusammenschlusses darstelle. Was müßte demgegenüber geschehen? Ein Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu einer einzigen machtvollen Gesamtorganisation wäre natürlich das Beste und würde nicht nur den Fridesbergern unter den Arbeitern, sondern auch den Feindschponen unter den Arbeitgebern am meisten imponieren. Aber soweit

kommen wir in absehbarer Zeit nicht. Deshalb sollte wenigstens das Eine geschehen, und die persönliche, häufig auch gehässige Bekämpfung der verschiedenen Organisationen untereinander eingestellt werden. In Zeiten wirtschaftlicher Krisis und zunehmenden Organisationshuns der Unternehmer müßten die Streikereien der Arbeiter untereinander überhaupt ganz aufhören. Wenn nicht der wirtschaftliche Druck diese vernunftgemäße Taktik erzeugt, dann dürfen die Arbeiter sich nicht wundern, wenn sie mit der Zeit gegenüber den Arbeiterorganisationen ins Hintertreffen geraten.

Diese Sätze enthalten zwar keine neuen Gedanken, trotzdem aber wünschten wir, daß sie die weitgehendste Beachtung finden. Es ist ja bedauerlich, daß die deutsche Arbeiterbewegung durch das Hineintragen politischer und religiöser Streitfragen in verschiedene Richtungen zerplittert ist. Wären die von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Grundsätze maßgebend, dann würden sich die deutschen Arbeiter auf neutralem Boden zusammenfinden, und jene gefährlichen Kämpfe würden von selbst verstummen. Leider ist das nicht der Fall. Trotzdem muß danach gestrebt werden, daß die verschiedenen Organisationsrichtungen im Sinne der obigen Ausführungen ihre Differenzen in sachlicherer und weniger gehässiger Weise austragen, als dies jetzt leider geschieht.

Arbeiterbewegung. In den Ausstand sind in Wlauen etwa 600 Maurer und Zimmerleute getreten, weil ihre Forderung auf Lohn-erhöhung abgelehnt wurde. — In Flensburg haben die bei den Marineanlagen beschäftigten Erdarbeiter die Arbeit niedergelagt, weil der Stundenlohn, der bisher 40 Pf. betrug, nicht auf 43 Pf. erhöht wurde. — Die Bauarbeiter in Kattowitz (Oberschlesien), 300 an der Zahl, befinden sich in den Ausstand. — Auch in Berlin drohen im Baugewerbe Rohnkämpfe auszubrechen. Die Arbeiter, die höchst entlohnete Gruppe im Maurergewerbe, verlangen, daß die Träger vom Arbeitgeber bezahlt werden sollen. Bisher mußte der Träger seinen Träger selbst bezahlen. Auch die Staker, welche das Ausfüllen der Nachwerkschwände verrichten, sind gewillt die Arbeit niederzulagen, wenn der geforderte Stundenlohn von 65 Pf. und ein Zuschlag von 10 Pf. für Ueberstunden nicht genehmigt wird. — In Dresden haben die Bötzler einen Tarif mit den Arbeitgebern abgeschlossen, in dem wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthalten sind. — Die Lithographen in Karlsruhe in Solnhofen (Wagern) sind in den Ausstand getreten. — Im Saßengebiet Mannheim-Ludwigshafen stehen große Kämpfe bevor. Den Maschinenisten und Gasenarbeitern wurde seitens der Unternehmer des Tarifs gekündigt, um statt der bisher gezahlten Wochenlöhne Stundenlöhne einzuführen. In Betracht kommen ungefähr 300 Maschinenisten und Geizer sowie 400 Gasenarbeiter. — Behufs Beilegung der Ausperrung im Baugewerbe zu Gamburg haben Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht stattgefunden, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. — Einen Erfolg brachte den Maschinenisten, Geizern und übrigen Handwerkern der Brauereien in Heidelberg derents Tariffbewegung. Der Wochenlohn wurde in allen Abteilungen erhöht, die Arbeitszeit verkürzt und ein Urlaub bewilligt. — Der Lohnkampf der Steinarbeiter in Müßbach (Waden), über den wir bereits in voriger Nummer ausführlich berichtet haben, hält noch ungeschwächt an. Die Parteien sind sich inzwischen noch nicht näher gekommen, um Einigungsverhandlungen anzubahnen. — In Nürnberg befinden sich sämtliche Schreiner und Glaser in eine Lohnbewegung.

Die sozialdemokratische Presse faßelt wieder von einem organisierten Streikbruch der Strich-Dunderschen. Diese Falschei beruht auf bewußter Verleumdung. Es handelt sich um das Töpfergewerbe in Königsberg. Es besteht dort weder ein Streik noch eine Ausperrung. Die Sozialisten unserer Ortsverein der Töpfer vernichten und lebten es zu diesem Zwecke ab in Gemeinschaft mit uns einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Unternehmer waren aber verständig genug, sich diesem Terrorismus der Sozi nicht zu beugen und schlossen nun den Tarif mit unserm Ortsverein ab. Die Töpfer-Sozi, die uns vernichten wollten, stehen jetzt selbst in Königsberg auf dem Aussterbeplatz und darum schreien sie Fieber und Mord gegen den Gewerbeverein, der ihnen den Gefallen nicht tut, die Unternehmer durch

einen Streif zu zwingen, den Tarif nur mit den Sozi abzustimmen.

Die grohndustrielle Entwicklung Schwedens findet eine ausführliche Darstellung in einer vor kurzem veröffentlichten offiziellen Statistik, die sich mit den industriellen Verhältnissen Schwedens in dem Zeitraum 1896-1906 befaßt. Auffallend darin ist die starke Tendenz der Entwicklung zum Großbetriebe. Während die Zahl der Fabrikbetriebe sich in der Berichtsperiode von 7734 auf 9587, also um 24 Prozent vermehrte, stieg die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter von 230 117 auf 327 675, also um 42 Prozent. Als Fabrikbetriebe gelten dabei alle Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern, wobei zu bemerken ist, daß die Bergwerks- und Güttenbetriebe in die Statistik nicht aufgenommen sind. Während außerdem die Fabrikbetriebe im allgemeinen um 24 Prozent zugenommen haben, beträgt die Zunahme der grohndustriellen Unternehmungen mit über 100 Arbeitern 44 Prozent. Ihre Zahl stieg von 507 auf 730. Die Zahl der in diesen Großbetrieben beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von 129 401 auf 190 489, d. h. um 47 Prozent.

Ueber den Stand des Volksschulunterrichts in den europäischen Staaten macht der schwedische Statistiker Sundborg in Stockholm in einer von ihm herausgegebenen Statistik recht interessante Angaben. In den Ländern, die verhältnismäßig die größte Zahl der Schulen, Lehrer und Schüler haben, ist auch die niedrigste Zahl von Analphabeten, von denen die nicht schreiben und nicht lesen können. Obenan steht das Deutsche Reich mit weniger als 0,05 Prozent Analphabeten. Es folgen die anderen Staaten in folgender Reihenfolge: Schweden 0,1 Prozent, Schweiz 0,1 Prozent, Dänemark 0,2 Prozent, Großbritannien 1,0 Prozent, Niederlande 2,1 Prozent, Frankreich 4,0 Prozent, Finnland 4,9 Prozent, Belgien 10,2 Prozent, Oesterreich-Ungarn 25,7 Prozent, Griechenland 30,0 Prozent, Italien 31,3 Prozent, Bulgarien 52,7 Prozent, Serbien 61,6 Prozent, Rußland 61,7 Prozent, Portugal 70,0 Prozent, Rumänien 75,0 Prozent. In nordwestlichen Europa beträgt der Durchschnittsgrad für Analphabeten 2 Prozent, für das südwestliche Europa dagegen 30 Prozent, für das östliche sogar 55 Prozent. Der Durchschnittsgrad für ganz Europa beläuft sich auf 30 Prozent.

Eine ebensolche Rückständigkeit der östlichen Gebiete Europas offenbart sich in den Zahlen über den Schulbesuch. Rechnet man alle Einwohner von 5 bis 15 Jahren als im schulpflichtigen Alter stehend, dann ergibt sich, daß im nordwestlichen Europa 75 Prozent dieser Kinder die Schule besuchen, im südwestlichen Teile 60, im östlichen sogar nur 27 Prozent. Daraus wird auch der Durchschnittsgrad für ganz Europa wesentlich herabgedrückt; er beträgt nur 51 Prozent.

Auch die Aufwendungen für den Volksschulunterricht sind außerordentlich verschieden. Die Gesamtausgaben in den europäischen Staaten betragen rund 1700 Millionen Mark. Auf Rußland, das den vierten Teil der Bevölkerung Europas umfaßt, entfällt aber davon nur ein Bruchteil, auf das Deutsche Reich fast ein Drittel, auf Großbritannien mehr als ein Viertel, auf Frankreich rund ein Asteil. In Europa sind vorhanden 465 451 Schulen, 1 050 632 Lehrer, 45 281 691 Schüler. Die Zahl der Lehrer ist absolut am höchsten in Rußland: 195 000, Großbritannien: 177 629, Deutschland: 168 000, Frankreich: 158 865, Oesterreich-Ungarn: 124 855.

Mißstände im privaten Submissionswesen. Ebenso wie Staat und Gemeinden haben in letzter Zeit zahlreiche industrielle Unternehmungen es eingeführt, ihre Aufträge öffentlich auszusprechen, um dadurch Mindestofferten zu erzielen. Man kann so von einem privaten Submissionswesen sprechen, das dieselben Licht- und Schattenseiten hat wie das staatliche. In vortrefflicher Weise beleuchtet die diesem privaten Submissionswesen anhaftenden Mißstände die Halbmonatsschrift das „Freie Wort“ in seinem ersten Juliheft. Dort heißt es:

„Zahllose Firmen taufen jetzt nur nach dem System der engeren Submission ein. Sie haben Einkaufsbüroaus eingerichtet, die über ein ungeheures Adressenmaterial verfügen und über jeden einzulaufenden Gegenstand, mag es sich um eine tausendpferdige Dampfmaschine oder um ein Duzend Bleistifte handeln, bei einer ganzen Reihe von Lieferanten jeweilig anfragen. Es ging noch an, als einmal ganz große Firmen so verfahren - heute ist das System aber so allgemein geworden, daß jeder sich für einen Schwachkopf halten zu müssen glaubt, der es nicht einführt und auch bei den unbedeutendsten Anschaffungen anwendet. Da sich bei dem oft gitierten Janusgesichte des Kaufmanns jede Maßregel, die er als Käufer er-

greift, sofort auch gegen ihn als Verkäufer wendet, erleben wir jetzt das erhebenste Schauspiel, daß sich die ganze Geschäftswelt täglich mit Millionen von Anfragebriefen und Millionen von Offertbriefen, bombardiert. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man annimmt, daß auf jedes zum Abschluß gelangende Geschäft fünf Anfragebriefe und also auch fünf Offertbriefe zu rechnen sind. Was heißt das anders, als daß auf jedes Geschäft durchschnittlich eine Mark Postspesen kommt! Aber die zahllosen Korrespondenten müssen doch auch bezahlt werden, welche die Anfrage- und Offertbriefe schreiben, die Zeichner, welche die Zeichnungen machen usw. - so daß allein das, was der eigentlichen Auftragserteilung vorausgeht, enorme Kosten verursacht.“

Selbst wer in der Kritik dieses Verfahrens nicht so weit gehen will, wie das „Freie Wort“, wird zugeben müssen, daß das Aufgeben des eigentlichen kaufmännischen Prinzips des „Handels“ für Angebot und Nachfrage schwere Nachteile mit sich bringt. Die Nachteile, die in diesem unwirtschaftlichen Gebahren liegen, werden auch dadurch nicht aufgehoben, daß durch das private Submissionswesen auch kleinere Fabrikanten in weiteren Geschäftskreisen bekannt werden können, daß die Ausbildung von Spezialartikeln gefördert wird und daß überdies für den Verkäufer bei der Akquisition durch das Fortfallen von Reisenden und die Beschränkung des Reklamewesens Ersparnisse erzielt werden. Je mechanischer die Einkaufsbüroaus funktionieren, je mehr an die Stelle kaufmännischer Güterbewertung die lediglich auf die Feststellung einer Mindestforderung hinzielende Bewertung durch einen Beamten tritt, um so seltener müssen die Fälle werden, in denen noch nützliche Wirkungen hervortreten können. Individualisieren ist nun einmal Kaufmanns-, Schematisieren Beamtenart.

Eine sittliche Pflicht. Eine Berliner Großbank hatte der Pensionskasse für ihre Angestellten und deren Witwen und Waisen 100 000 Mk. zugewendet. Da kam schamlos die Steuerbehörde und verlangte eine Schenkungssteuer von 5000 Mark. Die Bank mußte bezahlen, klagte aber auf Rückerstattung des unter Vorbehalt gezahlten Betrages. In 1. Instanz wurde sie abgewiesen. In der Berufungsinstantz kam das Kammergericht aber zu einem anderen Urteil. Wenn ein Arbeitgeber imstande sei, die Angestellten und deren Hinterbliebenen im Alter sicher zu stellen, dann erfülle er damit eine sittliche Pflicht, die man nicht besteuern dürfe. Mit Recht bemerkt die „B. W.“, es sei sehr traurig, daß es erst einer Durchsetzung bis zur letzten Instanz bedurft habe, um die preussische Bureaucratie zur Anerkennung des vernünftigen Grundsatzes zu bringen, der in der Entscheidung des Kammergerichts zum Ausdruck gelangt sei.

Bereits am Sonnabend, den 3. d. M., hat ein großer Teil der 120 Wandergruppen, den der Zentral-Verein für Schülerwanderungen aus den Gemeindegemeinschaften und Schülerinnen Groß-Berlins zusammengestellt hat, um sie in diesen Ferien zu sechstägigen Wanderungen hinauszuführen, Berlin verlassen.

Jede Gruppe zählt etwa 20 Wanderer, die von Lehrern, beziehungsweise Lehrerinnen, geführt werden. Unter den 2500 Kindern, die die Wohlfahrt einer sechstägigen Fußwanderung genießen, sind in diesem Jahre besonders viele gänzlich unbedeutende, die einen Beitrag nicht leisten konnten. Die Kosten für diese werden aus den Beiträgen der Vereinsmitglieder, den Subventionen der Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nirdorf und dem Bleichröder-Fonds bestritten, der zum Zwecke der Förderung von Ferienwanderungen Berliner Gemeindegemeinschaften in Höhe von 200 000 Mk. gestiftet ist.

Als Wandergebiete kommen in erster Reihe Brandenburg und Mecklenburg in Betracht; aber auch der Harz, das Riesengebirge, die Sächsischen Schweiz und Nien werden von mehreren Gruppen bereist. In vorigen Jahre erzielten die kleinen Wanderer ganz ansehnliche Leistungen; die Knaben legten durchschnittlich täglich 28, die Mädchen 20 Kilometer zurück. Trotzdem war bei einer großen Anzahl eine erfreuliche Gewichtszunahme festzustellen.

Gewerkvereins-Teil.

§ Düsseldorf. Seit längerer Zeit ist über die Tätigkeit unseres Ortsverbandes wenig bekannt geworden. Der Grund dafür ist aber nicht auf Laubbild oder Interesslosigkeit der Mitglieder zurückzuführen, sondern lag in den Schwierigkeiten, in die wir durch unser selbsterhaltenes Verbandshaus in der Zimmermanstraße hineingeraten waren, die auch besonders in finanzieller Beziehung große Anforderungen an den Ortsverband stellten. Erfreulicherweise sind wir jetzt dank der Rührigkeit der Kollegen über dieses Hindernis hinweg, und es dürfte nun die Zeit ge-

kommen sein, wo sich der Ortsverband wieder mehr der öffentlichen Betätigung widmen kann. Vor allen Dingen ist es erfreulich, daß es uns gelungen ist, wieder in den Besitz eines eigenen Heims zu gelangen, das unseren Forderungen voll und ganz entspricht und wo uns Schwierigkeiten wie früher nicht mehr entgegen treten können, da der Ortsverband selbst Träger der Konzeption im Verbandsaufbau ist.

Das Verbandshaus liegt Ecke Kloster- und Kurfürstenstraße, in nächster Nähe des Bahnhofs und macht nach außen, wie auch in der gesamten inneren Einrichtung einen sehr guten Eindruck. Eine große geräumige Restauration und daran anschließend zwei große und schöne Vereinszimmer zu Versammlungen und Sitzungen bilden das Unterhaus. Die Büreaus befinden sich in der ersten Etage, wo vier große und schöne Räume zu diesem Zwecke eingerichtet sind. Separate Zimmer und Betten bieten auch den zugereisten Gewerkevereinskollegen eine angenehme Stätte des Aufenthalts in Düsseldorf, wo sie auf Kosten des Ortsverbandes herbergt und bewirtet werden. Die Vermittlung liegt ebenfalls in bewährten Händen und für die Unterhaltung ist ebenfalls Vorkehrung getroffen durch eine gute Kegelbahn und Billards. An Speisen und Getränken wird nur das Beste verabreicht, so daß allen Kollegen recht Familien der Besuch unseres Verbandsheimes auch außerhalb der Versammlungen und Sitzungen zu empfehlen ist.

Die im Stadtbezirk liegenden Ortsvereine und ihre Sektionen halten fast sämtliche Versammlungen und Sitzungen im eigenen Heim ab; auch der Männergesangsverein Rheintal hat das Verbandshaus zum Vereinslokal gemacht, und unter allen Kollegen herrscht nun eine Stimme der Zustimmung über das neue Unternehmen.

Nachdem nun ein ganzer Berg von Schwierigkeiten, die den Gewerkevereinen Düsseldorf entgegenstanden, überwunden ist, ist jetzt die Bahn frei zum Fortschritt, und allmählich macht sich wieder die altbekannte rührige Gewerkevereinstätigkeit bemerkbar. Dabei können wir gleich erwähnen, daß es uns gelungen ist, in diesem Jahre 13 Gewerkevereinskollegen als Schöffen tätig zu sehen, und erst in den letzten Tagen wurde uns die Genehmigung, daß Kollege Dieke als Geschworener ausgelost wurde. Also trotz den unglücklichen Umständen ist auch hieraus zu ersehen, daß der Ortsverband nicht müßig gewesen ist, und den Wahlspruch: Vorwärts immer, Rückwärts niemals! werden wir auch in Zukunft gemeinsam Geltung verschaffen.

Paul Walthert, Ortsverbandsschriftführer.

§ Gelsenkirchen. Am 4. Juli hielt unser Ortsverband, dem 21 Ortsvereine angehören, eine Versammlung ab, in welcher Bezirksleiter Kollege A. Bieper über die bevorstehende Gewerkevereinstwahl, die Ende Juli in Gelsenkirchen stattfindet, eingehend referierte. Redner forderte, daß alle Verbandskollegen sich energisch bei den Vorbereitungen für die Wahl und am Wahltage selbst beteiligen und keiner feige seine Farbe verleugne. Mann für Mann müßte für unsere Kandidaten stimmen und niemand dürfe am Wahltage fehlen, der sich nicht an seiner Organisation verjüngen wolle. In einer lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Redners wirksam ergänzt. Nur wenn jeder Gewerkevereiner sich an der Wahl beteiligt, kann er auch bei vorzunehmenden Fällen sein Recht finden. Der Wahrspruch, tretet alle Mann für Mann bei der Wahl für unsere Kandidaten ein und verfallt dadurch unsere Organisation, darf nicht ungehört verhallen!

Viktor Kuska, Verbandschriftführer.

§ Königszell. Am Sonntag fand hier in der „Reichstrone“ eine Versammlung der Eisenbahner statt, in welcher Kollege Müller-Breslau über die Organisation der Eisenbahner Vortrag hielt. Der Vorsitzende der Versammlung, Kassierer des Ortsvereins der Eisenbahner in Breslau, Kollege Kuznotz, forderte zur Gründung eines Ortsvereins der Eisenbahner in Königszell auf. Zahlreiche Eisenbahner leisteten dieser Aufforderung Folge, so daß nun auch in Königszell ein neuer Ortsverein der Eisenbahner entstanden ist. Hier herrscht ein guter Geist für die Sache der Gewerkevereine und ist daher zu hoffen, daß der Ortsverein der Eisenbahner rasch zu einer kräftigen Entwicklung kommt.

K.

Verbands-Teil.

Bekanntmachung.

Wir haben in Bremen ein Arbeitersekretariat errichtet. Leiter desselben ist Kollege Gerhard Meuthen. Das Bureau befindet sich Dobentorstraße 21; Fernsprecher 6468.

Der Sekretär erteilt Auskunft und fertigt Schriftsätze an in allen Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung und übernimmt die Vertretung vor dem Schieds- und dem Gewerkegerichte. Mit dem Sekretariat ist ein Arbeitsnachweis verbunden.

Sprechstunden von 11-1 Uhr vormittags und von 5-8 Uhr nachmittags.

Der geschäftsführende Ausschuß.
Karl Goldschmidt.

Aufforderung!

Für die den Ortsverbänden zum Verkauf angebotenen Verbands-Adressenverzeichnisse fehlt noch teilweise die Abrechnung mit der Verbandskasse.

Die Ortsverbandskassierer werden hierdurch ersucht, umgehend die Beträge einzusenden.

Der geschäftsführende Ausschuß.
R. Klein, Verbandskassierer.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewer-

vereine (D. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewer- vereine, N.O., Weißsawaldstr. 221/228. Im Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. — **Gewervereins- Liebertafel (D. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine (Brüder Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Weiblich.** Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Rabau, Baloldstr. 58. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Am 10. Juli, abds. 8 Uhr, Versammlung bei Funke, Triftstr. 68. Zeit- stattungsangelegenheiten. Regulatori porto. Am 17. Juli, Sommer- vergnügen in d. r. Bodbrauerer, Ghauffeestr. 64.

Leipzig. Deutsche Handelskassensarbeiter-Ver- einigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Bürgenerstraße, statt.

Orts- und Kreisvereine.

Nachen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonn- abend im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Leuchter, Ede Hansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., im Hiltmanns Hotel, Wollstr., Distriktsklub (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pactor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmä- ßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandtlerbräu Weber- gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Hagen u. Umgeg. (Dis-** trikttsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolling“, Elstergasse. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Partow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duis- burg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hufen- kamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Wäl- heims-Kreis (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Bir- joh. Müller, Sandstraße 88. — **Leipzig (Gewervereins-Liebertafel)** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburg- straße 25, statt. Gäste und Himmelsgebotene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißensfeld a. S. (Ge-** sangsabteilung der Gewervereine). Übungsstunde jeder- dienstags, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizer- haus“, Schäfersstraße. Gesangsliebende Gewervereinskollegen sind willkommen. — **Ladenscheid.** Sonntag, 11. Juli, nachm. 8 Uhr, Ortsverbandesversammlung im Lokale Reppenfeld in Milena. L. D.: I. Ortsverbandesangelegenheiten. II. Essent- licher Vortrag des Kollegen Adelung, Duisburg. — **Schwerte (Ortsverband).** Sonntag, 11. Juli, vorm. 10 Uhr, Wirt- schaft „Zur Glocke“ am Markt, Vertreterversammlung. — **Brand- burg.** Sonnabend, 10. Juli, abends 9 Uhr, Orts- verbandsversammlung im Gylsum. — **Woerde und Um- gegend (Ortsverband).** Sonntag, 18. Juli, nachm. 5 Uhr, Ausflugsfahrt beim Wirt Schröder in Haspethal.

Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressen- verzeichnis.

Berlin (Ortsverein der Handelskassensarbeiter). Hugo Hille, SW. 29, Arnthstr. 25; Ditto Hille, S. 14, Dresdnerstr. 76; Gustav Hohenberg, SW. 29, Arnth- straße 23. — **Selbstkassens (Ortsverband).** H. Pieper, Vor- sieder, Industriest. 18. — **Obelitz (Ortsverein der Brauer).** Max Liebig, Vorkämpfer, Bittauerstr. 84/86; Karl Liebner, Schrift- führer, Bahnhofsstr. 51; Robert Gifler, Kassierer, Emmerichstr. 9. — **Weihen (Ortsverband, neu).** Hugo Bräuner, Vorkämpfer, Fahrmanstraße 9; Paul Jungnickel, Schriftführer, Martinsplatz 7; Albert Emmerich, Kassierer, Duesenberg 89.

der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftstellen und * Adressen

Auskunftsbüros der Deutschen Gewervereine. Nachstehend geben wir die bis hierher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. b. f. an. Als Arbeitersekretariate gelten Ratestellungsstellen mit einem eigens angestellten Beamten und mit ständigen Sprechstunden während des ganzen Tages. Rechtsauskunftstellen sind nebenamtlich versetzte Auskunftsstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Magistratebeamten der einzelnen Gewer- vereine versehen. Auskunftsbüros sind Auskunftsstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit versehen werden. Wo die Angaben unvollständig sind, oder wo außer den Benannten noch Arbeitersekretariate usw. bestehen, bitten wir uns das noch mitzuteilen.

Table with 4 columns: Stadt, Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Nachen, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt-Rain, Magdeburg, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, etc.

Table with 4 columns: Stadt, Zur Benutzung für; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Mier a, Augsburg, Augsburg, Berlin, Dresden, Danzig, Dortmund, Dresden, Elbing, Erfurt, Eisen, Gelsenkirchen, H. Gladbach, Heilwig, Obelitz, Pagen, Kattowitz, Köln, Leipzig, Mannheim, Oberhausen, Siegen, Spremberg, Zaborge, etc.

Table with 4 columns: Ort, Errichtet für; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Includes entries for Bitterfeld, Chemnitz, Döbeln, Elberfeld, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Emden, Reuß a. Rh., Oldenburg, Pirna, Quedlinburg, Roß a. S., Stettin, Spittalau, Striegau, Weißensfeld, Wittenberg, Zborn, etc.

Anzeigen = Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Bereinigter Ortsverein der Maschinenbau- und Metall- arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 17. Juli, in der Neuen Welt, Gasenheide 108—114.

Großes Sommerfest.

Künstler-Gartenkonzert, Spezialitätenvorstellung, Brillant-Feuervort, Kinderbelustigungen.

Nach der Vorstellung: Hr. Sommerachtsball im großen Saal. Auserkennung 1 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Die Kaffeefläche wird um 2 Uhr geöffnet. Billets à 30 Pfg. sind bei den Kassierern der Orts- vereine aller Gewervereine Berlins und Um- geegend, bei dem Kassierer der Kombinterten, Kol- legen Pilett, O. 34, Bornsdorferstr. 59, v. IV, und am Tage des Festes an der Kasse zu haben. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in dem 4500 Personen fassenden großen Saale statt. Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. s. w. kaufen

und billigen bei Th. Berkop, Oppeln.

Danzig (Ortsverband). Durch- reisende Gewervereinskollegen er- halten beim Genossen K a m m e r e r, Fischmarkt 10, Verpflegungstafel. **Forst i. E. (Ortsverb.).** Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungstafel bei August Müller, Bruchstr. 6 I. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.

Wilhelmshaven (Ortsver- band). Durchreisende Gewervereins- kollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nach- quartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, G. Sadecke, Bant, Goethestr. 7.

Bautzen. Durchreisende erd. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Seibe, Wendischergraben 84.

Haynau i. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstufung von 75 Pfg. ausgegahlt beim Ortsverbandskassierer G. Rolke, Ring Nr. 14.

Barth i. Pomern. (Ortsverb.). Durchreisende Gewervereinskollegen er- halten 50 Pfg. Karten sind zu haben bei August Dähn, Bohlf- straße 211 b. Arbeitsnachweis das.

Weißensfeld a. S. (Ortsver- band). Durchreisende Kollegen er- halten Unterstufungskarten beim Kollegen Kischer, Seipzigerstr. 28.

Jena. (Ortsverband). Durch- reisende erhalten 75 Pfg. Unter- stufung bei Carl Müller, Weiß- gasse 2, Ede Oberlaengasse.

Nachen (Ortsverband). Durch- reisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeiter- sekretariat Nachen, Kavaliersstein- weg 71.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Kowalkowski, Thorn, Seilgegeßtr. 7/9.

Göppingen (Ortsverb.). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten Nachtlager und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Bahnhofstr. 18.

Erfurt (Ortsverband). Durch- reisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstufung beim Orts- verbandskassierer Wilh. Guhn, Börsengasse 9.

Mensfeld. (Ortsverb.). Durchrei- sende erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, Friedrichstraße 86.